

# Fröhliches Fraktionieren

## Zur neuesten Entwicklung der politischen Strömungskultur in WASG und Linkspartei

### 1. Gegen- statt Miteinander

Es war wohl kaum anders zu erwarten. Die so genannte „Programmdiskussion“ in dem ebenfalls so genannten „Parteibildungsprozess“ zwischen WASG und Linkspartei verläuft nicht gerade so, wie es von einem offenen Prozess linker Männer und Frauen, die sich anschicken, einen neuen Anlauf zur organisierten, programmatisch begründeten Parteigründung der Linken in Deutschland zu versuchen, eigentlich zu wünschen wäre. Fristen die von einer Gemeinschaftsredaktion erarbeiteten „Programmatischen Eckpunkte“, die in Form und Inhalt immerhin ein starkes Bemühen zeigten, einen wirklichen Diskurs über aktuelle Fragen linker Politik zu führen, in der Parteiöffentlichkeit und noch mehr darüber hinaus ein ziemliches Kümmerdasein, so ist der bewusst gesetzte Kontrapunkt von Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und Mitgliedern der Parteivorstände, offensichtlich von Anbeginn so gesetzt worden, die Programmdiskussion eher zu beenden als zu eröffnen. Ihr „Aufruf zur Gründung...“ soll so verstanden werden, wie der Titel vermuten lässt: genug geredet, jetzt geht's los. Da blitzt natürlich viel sozialdemokratischer Usus hervor, der sich noch nie um differenzierte Analyse und wirkliche Debatte gekümmert hat.

So war es anzunehmen, dass der Parteimitgliedschaft nicht viel anderes übrig blieb, als mit dem fröhlichen Fraktionieren zu beginnen. Mit gleich zwei Anläufen zur Bildung einer „Antikapitalistischen Linken“ (von denen der erste wahrscheinlich nur wenig wahrgenommen wurde und auf das Spektrum der SAV und Freundeskreis beschränkt blieb), dem Aufruf der „Emanzipatorischen Linken“, dem Kreis um die aus dem Bundesvorstand zurückgetretenen Joachim Bischoff und Björn Radke und jetzt als jüngste Gründung der „Sozialistischen Linken“ ist ein Ende sicher noch nicht erreicht. Verschwiegen werden soll natürlich auch nicht die Fraktion, die von der sicheren Warte hunderter von Parlamentsmandaten und politisch hauptamtlichen Beschäftigungsverhältnissen aus verkündet, wir sitzen bereits in den wichtigen programmatischen und strategischen Stellungen und beabsichtigen nicht, sie zu verlassen. Aber deren Erklärung, unterschrieben von vielen bekannten Namen des Linkspartei-Establishments, unter dem bezeichnenden Titel „Abschied und Wiederkehr“, buhlt gar nicht erst um den Anspruch, diskutieren zu wollen. Sie verkündet nur und ist eher deftige Revierabsteckerei und Warnung an alle Eindringlinge als Vorschlag zur Diskussion. Damit kein Missverständnis aufkommt: Wir haben nichts gegen politische Strömungen, Tendenzen und Fraktionen. Sie sind – das bezeugen nicht nur Tausende von Parteimitgliedern, sondern ebenso die komplette Gilde der ParteisoziologInnen an den Universitäten – in einer Partei, auch und gerade in einer „werdenden“ – immer das dynamischste, aber auch das am meisten verhasste Element. Debatte, Streit und wechselnde Mehr- und Minderheiten sind fast Synonyme für die Linke – und das ist gut so. Mitgliederdemokratie ohne kollektive und von Nord bis Süd und Ost bis West ablaufende horizontale Diskussion ist schlicht undenkbar. Ohne sie wäre eine Partei eine der mittlerweile zurecht zutiefst verachteten „Basta-Veranstaltungen“, die nur vertikale Diskussion entlang der Vorgaben von oben oder gar nur Anordnungen ohne Debatte kennen.

So ist es sicherlich ein Pluspunkt, dass durch die erwähnten diversen Fraktionen in WASG und Linkspartei ein nicht kleiner Teil der Mitglieder in eine aktive Programmdebatte einbezogen wird. Der ist in dem Parteigründungsprozess von WASG und Linkspartei größer als die Teilnehmerzahlen aller bisher abgelaufenen öffentlichen Diskussionsforen.

Dennoch hat diese Strömungskultur in WASG und Linkspartei viel zu viele Schattenseiten. Allen „Aufrufen“ ist gemein, dass gar nicht erst versucht wird, miteinander zu streiten. Es ist ein tristes Mit- und zuweilen sogar Gegeneinander von Bekenntnisgemeinschaften. Das erreicht zwar noch nicht das Niveau des maoistisch-stalinistischen „Kampfes zweier Linien“, in dem mögliche dritte und vierte nicht vorkamen, aber düster ist es auch. Schon die lustigen Namensgebungen „antikapitalistisch, emanzipatorisch, sozialistisch“ suggerieren, die übrigen MitstreiterInnen wären eben nicht „antikapitalistisch, emanzipatorisch, sozialistisch“. Wenn es sich also nicht um ausdrücklich erklärte Spezialgemeinschaften handelt (z.B. die Fraktion der SchwarzbiertrinkerInnen), wäre als erster Ratschlag zu geben: Strömungen sollten sich gar keine oder neutrale Namen geben (hier möchten wir einmal und nie wieder den „Leverkusener Kreis“ als Vorbild nennen). Es gibt schöne und erfolgreiche linke Parteien, die kennen aus gutem Grund nur „Tendenz 1“, „Tendenz 2“ oder „Fraktion A“ usw. Gleichmaßen unterbleiben bei allen Aufrufen – mit kleiner Ausnahme bei den Antikapitalisten, aber dass dieser Text dem Autor am besten gefällt ist ja kein Geheimnis – die Schlussfolgerungen für den konkreten Parteaufbau, das praktische Verhältnis zu den anderen Strömungen und auch Überlegungen zum Fortgang des programmatischen Klärungsprozesses. Alle erwecken den Eindruck, wenn sich ein jeder und jede nur der jeweiligen Bekenntnisgemeinschaft anschließt, dann wird alles gut. Es wäre also sinnvoller, nicht von konstruktiver Strömungsdebatte zu sprechen, sondern eher von kleingeistigem, gegenseitigem Missionieren. Ob's das wirklich bringt? Schauen wir uns nach diesem Vorgeplänkel das jüngste Kind der WASG-Strömungsgeschichte, die „Sozialistische Linke“ ein wenig näher an.

## **2. Die „Sozialistische Linke“ in der WASG – weder realistisch noch radikal**

Der Gründungstext der „Sozialistischen Linken“ (SL) beansprucht einen politischen Ansatz, der „realistisch“ und „radikal“ zugleich sein will. Damit wird sicherlich der Wille einer großen Mehrheit der Mitglieder von WASG und Linkspartei angesprochen und wohl keine der konkurrierenden Strömungen wird dem widersprechen. Die Realitätstüchtigkeit soll mit einer etwas ausführlicheren Darstellung des modernen Kapitalismus bewiesen werden. Den „Wandel vom wohlfahrtsstaatlich reguliertem Kapitalismus der Nachkriegsjahre hin zum flexiblen, finanzgetriebenen Kapitalismus heutiger Zeit“ würden wir zwar nicht gerade mit diesen Worten benennen, die Vorgänge die damit gemeint sind, sollten aber bei den meisten Anhängern der Linken kaum strittig sein: weltweit läuft eine breit angelegte Offensive des Kapitals, die Verwertungsbedingungen und die Profitrate deutlich zu verbessern. Die Masseneinkommen sollen gesenkt, die tägliche, jährliche und Lebens-Arbeitszeit soll verlängert und sämtliche Systeme von sozialer Sicherung und Lohnersatzleistungen für Alte, Kranke, Erwerbslose sollen durch betriebliche oder politische Regelungen gekürzt werden. In Deutschland läuft die Schlacht gegen die angeblich „zu teure Arbeit“ seit mehreren Jahren entlang der bekannten Achsen: Kürzung der so genannten Lohnnebenkosten, die nichts anderes als für soziale Zwecke reservierte Lohnbestandteile sind; Einführung eines breiten Niedriglohnsektors von Geringbezahlten, prekär Beschäftigten, LeiharbeiterInnen und Scheinselbständigen, der Druck auf das gesamte Lohnniveau ausüben und die klassische Lohndrucker-Funktion der Erwerbslosigkeit wieder herstellen soll; Kürzung öffentlicher oder betrieblicher Lohnersatzzahlungen wie Krankengeld, Arbeitslosengeld, Renten sowie die Überführung kollektiver Sicherungssysteme in private Versicherungen, an denen zugleich wieder verdient werden kann. Gleichzeitig werden die Filetstücke bisher staatlich oder gemeinnützig erfolgter Dienstleistungen zügig privatisiert, um neue Verwertungsmöglichkeiten für brach liegendes Kapital zu erschließen und gleichzeitig die öffentlichen Kassen zu entlasten. Begünstigt wird diese Offensive durch die neuen

Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie, die weltweit eine neue Stufe der Arbeitsteilung und Verschärfung der Konkurrenz der Arbeitskräfte ermöglichen. Letztlich hat der Untergang der mit dem Kapitalismus konkurrierenden Gesellschaftsordnungen in Osteuropa und Asien zu einem weltweiten politischen Umschwung zu Gunsten des Kapitals geführt. Sich der Kapitaloffensive mehr oder weniger entgegen stellende Staaten wurden entmachtet, eine direkte Intervention in jedem Teil der Welt durch internationale Finanz- und Handelsinstitutionen ist tägliche Praxis und militärische Einsätze als direkte Verlängerung wirtschaftlicher Interessen sind auf der Tagesordnung. Das alles ist nicht neu und wird von der Linken seit fast zwanzig Jahren ausführlich debattiert und diagnostiziert. Der Text der SL ist dabei eher bieder konventionell und vermeidet die bei anderen Linken gern bedienten Überspitzungen einzelner Phänomene (wie die Thesen vom „Ende der Arbeit“, Absterben der ArbeiterInnenklasse oder die diversen Theorien eines modernen Ultraimperialismus, der weltweit alles nach Plan regelt und viele mehr). Wir begrüßen dies im Großen und Ganzen, ebenso wie die strategische Schlussfolgerung der SL, dass eine moderne Linke deshalb vorrangig als Interessenvertretung der Opfer dieser Offensive auftreten muss, mit einem kollektiven und grenzenlosen Ansatz, der auch heute nicht besser als mit dem alten Wort „Klasseninteressen“ benannt werden kann, die im Mittelpunkt der Strategie der Linken stehen müssen.

Auffällig in dieser sonst akzeptablen Kurzanalyse des Kapitalismus durch die SL ist das Fehlen wichtiger Aspekte. Allen voran die Erkenntnis, dass dieser „moderne Kapitalismus“ nicht etwa die Konkurrenz der Kapitale untereinander aufgehoben hat, wie oft behauptet, sondern zu einer neuen, verschärften Welle der weltweiten Konkurrenz um die Vorherrschaft über Märkte, Arbeitskräfte, Energie und Rohstoffe geführt hat. Eine Konkurrenz, die auf allen Ebenen, von dem simplen Miteinander der Menschen in den so genannten Zivilgesellschaften bis zu den internationalen staatlichen Beziehungen, die Schwelle der gewaltsamen Konfliktlösung drastisch herabgesetzt hat. Bewaffnete Auseinandersetzungen, von den Bandenkriegen in den Großstädten, über die rückwärtsgewandten klerikalen Terroraktionen ultrakonservativer und religiöser Gruppen, die Schlachten um die Pfründe in dem barbarischen Prozess der Wiedereinführung des Kapitalismus in den Staaten des früheren „Ostblocks“, die verzweifelten Kämpfe auf dem afrikanischen Kontinent, um die letzten Chancen, vom neuen Auftreten des Kapitalismus ein wenig Krümel abzubekommen bis zu den militärischen Feldzügen der USA, der Nato und der EU zur Sicherstellung ihrer „neuen Weltordnung“, sind samt und sonders die Bestätigung der alten Mahnung der ArbeiterInnenbewegung: Kapitalismus führt zu Krieg. Die letztliche Ursache für alle diese kleinen und großen Kriege ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Diese Kriege sind heute, im Gegensatz zur Zeit der Existenz der Sowjetunion, keine „Stellvertreterkriege Ost gegen West“ mehr, sondern Stellvertreterkriege „West gegen West“, die in kurzer Zeit zu neuen weltweiten Kriegsszenarien zwischen den reichen Staaten dieser Welt eskalieren können. Eine Linke, die Klasseninteressen vertreten will, muss deshalb als erste strategische (nicht nur moralische) Aufgabe eine konsequente Anti-Kriegs- und Anti-Militarismuspolitik verfolgen.

Zweitens verschweigt die SL-Analyse, dass dieser „moderne Kapitalismus“ entgegen aller, auch von Kapitaleseite betriebener und propagierter, Umweltpolitik, zu einer Beschleunigung und Globalisierung der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen jeglicher menschlichen Gemeinschaft geführt hat. Von der kurzen Phase der Besinnung, nicht zuletzt auf Grund einer weltweiten Ökologiebewegung im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts, ist im bürgerlichen Lager nur noch wenig zu spüren. Die unwiederbringliche Zerstörung natürlicher Ressourcen wie der großen Wälder, der Fischbestände und Klima regulierenden Zonen, die Überausbeutung von Rohstoffquellen, die Verschmutzung der Meere und Gewässer, die Bodenerosion und Ausdehnung der Wüsten, die Produktion von Klima gefährdenden Gasen und halogenisierten Kohlenwasserstoffen, die weltweite Ausdehnung des Automobil- und

Flugverkehrs und die Gefährdung der Gesundheit durch Chemikalien und deren Produktion ist ein Hauptkennzeichen der Weltwirtschaftsordnung des Kapitalismus. Fast jede heutige „Naturkatastrophe“ mit tausenden von Opfern ist in diesem Sinne im wachsenden Maße von „Menschen gemacht“. Für Milliarden Menschen verzahnt sich diese Umweltkrise unmittelbar mit der ökonomischen Krise, der Armut, dem Hunger und dem Kampf um das tägliche Überleben. Selbst die durch eine weltweite Protestbewegung ins Abseits gedrängte Nutzung der Atomenergie für zivile Energieversorgung (die bekanntlich nie auf das nur „zivile“ beschränkt werden kann), mit all ihren Generationen überdauernden schädlichen Folgen, wird durch die großen kapitalistischen Staaten, zuletzt auf ihrem Gipfeltreffen in St. Petersburg, wieder energisch vorangetrieben. Eine Strategie der Linken, die von einem Klasseninteresse ausgehen will, muss die Verantwortung der kapitalistischen Produktionsweise für diese Umweltkrise erklären und darf in keinem Fall mit dem Begriff des „Wachstums“ so umgehen, wie es die SL in ihrem Text macht.

Drittens schließlich verschweigt der SL-Text eines der wichtigsten Phänomene des modernen Kapitalismus: eine gewaltige Zunahme der Migration der Menschen. Von der noch immer stetig beschleunigten Aufblähung der Megastädte im armen Teil der Welt, der weltweiten Migration auf der Suche nach Erwerbsquellen für diejenigen, die nichts haben als ihre Arbeitskraft bis zu großen Flucht- und Vertreibungsbewegungen auf Grund von Kriegen und Umweltzerstörungen wird der Kapitalismus von dieser Migration geprägt. Sie ist das hässliche Gesicht des modernen Glaubensbekenntnisses des Kapitals für Mobilität und Flexibilität. Der moderne Kapitalismus beantwortet diese von ihm ausgelöste Auflösung gesellschaftlicher Strukturen mit einem menschenfeindlichen bürgerlichen „Migrationsmanagement“, das ökonomisch vernutzbare Menschenmaterial versucht zu lenken und einzugliedern, der großen Zahl von Unwillkommenen aber ein polizeilich, militärisch und juristisch aufgebautes Bollwerk entgegenstellt. Nützliches und leider fast immer abrufbares Instrument sind dabei eine tief sitzende Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in den bürgerlichen Gesellschaften. Eine dem Klasseninteresse verpflichtete linke Strategie muss sich mit aller Macht und einem Konzept internationalistischer, solidarischer Politik gegen diese Migrationspolitik und den Rassismus stellen.

### **3. Linkskeynesianismus als Selbstbeziehung**

Eine gute Kapitalismusanalyse – und wenn die SL unsere Erweiterungsvorschläge annimmt, könnte ihre Analyse ganz brauchbar werden – ist zwar notwendig, aber längst nicht hinreichend, um sich das Etikett „Sozialistisch“ zu verdienen. Wie und zu Gunsten welcher neuen Gesellschaftsordnung die kapitalistische Produktionsweise aufgehoben werden soll, bleibt in dem Text der SL auffällig nebulös. „Die Vorherrschaft des Kapitals muss überwunden werden.“ Das scheint der SL im Abschnitt „Sozialistische Perspektive“ so wichtig zu sein, dass gleich noch mal die lateinische Variante kommt: „Wir wollen den Kapitalismus, die Dominanz kapitalistischer Produktion ... überwinden. Die Grundrichtungen der wirtschaftlichen Entwicklung dürfen nicht nur dem Markt und den privaten Unternehmen überlassen werden, sondern müssen demokratisch gesteuert werden. Erforderlich sind starke und zielgerichtete öffentliche Investitionstätigkeit und Nachfragesteuerung sowie leistungsfähige öffentliche Unternehmen.“ Dazu können, „wenn es erforderlich ist“, Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. „Von zentraler Bedeutung, um die Vorherrschaft des Kapitals zu überwinden, ist eine demokratische Vergesellschaftung des Finanzsektors.“ Das war es dann aber auch. Angesichts der Fülle von sozialistischer Literatur über Gegenmachtstrukturen, Kommunen, Arbeiterkontrolle, Selbstverwaltung, Genossenschaften, Rätedemokratie, Beteiligungshaushalte bis zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ des Hugo Chávez, ist das

ziemlich dürftig. Nun leben wir natürlich nicht hinter dem Mond und wissen aus langer Erfahrung mit der SPD und auch der PDS, dass die Dürftigkeit in der Ausarbeitung der Perspektive „Sozialismus“ einzig und allein dem Zweck dient, sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von eben dieser Perspektive zu verabschieden. Wenn es dann nur dürftig ist, fällt der Abschied nicht so schwer. Wenn sich eine Strömung in einer neu entstehenden Partei aber ausdrücklich und exklusiv den Titel „Sozialistische Linke“ reservieren lassen möchte, dann erwarten wir schon etwas mehr Inhalt in dieser Namen gebenden Frage. Andernfalls drohen wir mit einem einfachen Änderungsantrag, der das Attribut im Titel ersetzen soll. Durch was, dazu gibt der Text der SL selbst die Empfehlung: linkskeynesianisch. Und das ist wirklich das einzig Originelle im Papier der SL. Unseres Wissens kokettiert hier erstmals eine linke Gruppierung mit einem Begriff eines politischen Konzeptes, der ansonsten nur von den AnhängerInnen anderer Konzepte als verächtliche Herabsetzung genutzt wird. Kann man natürlich machen, schließlich haben die „TrotzkistInnen“, „LeninistInnen“ und selbst „MarxistInnen“ diese Methode des Entlarvens und Entschärfen durch Übernahme des von den GegnerInnen verteilten Etiketts schließlich auch mit Erfolg angewandt. Aber wird dadurch dieses Konzept besser?

Der „Keynesianismus“ als Bündel von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, in deren Zentrum antizyklische staatliche Regulierung durch Steuer- und Finanzpolitik sowie Nachfrage stimulierende öffentliche Investitions- und Subventionsentscheidungen standen, ist nicht zufällig in einer bestimmten Periode des Kapitalismus und auch nur in den entwickelten Hochlohnzentren entstanden. Natürlich war der Konservative und alles andere als anti-kapitalistisch denkende Keynes auch nicht von einer „sozialistischen Perspektive“ geleitet, sondern treuer Diener der herrschenden Verhältnisse. Der „moderne Kapitalismus“, wie ihn die SL halbwegs passabel analysiert, hat als integrale Voraussetzung für die bis heute andauernde Offensive zur Kürzung der Masseneinkommen, zur Eroberung neuer Verwertungsmöglichkeiten durch Privatisierung und zur Beschneidung der Sozialstaatsausgaben den bewussten Bruch mit dieser keynesianischen Politik gefordert und erhalten. Die sozialdemokratischen Parteien, die in Europa 1998 auf dem Höhepunkt ihres politischen Einflusses standen – sie waren in 15 der EU-Staaten an der Regierung, in Deutschland hätten sie mit einer entsprechenden Koalitionspolitik mit den Grünen und der PDS eine klare absolute Mehrheit auch im Bundesrat haben können – haben sich diesem Gebot des Kapitals komplett gebeugt. Aus dem uralten „Wir wollen gerne anders, aber die gesellschaftlichen Verhältnisse lassen nicht mehr zu“ wurde das Schröder-Blair'sche „Wir wollen nicht anders, das, was wir machen ist moderne Linkspolitik“.

Wer heute den „modernen Kapitalismus“ mit dieser überholten Politik zu zähmen versucht und diesem Neo-Keynesianismus obendrein noch einen linken, radikalen Anstrich verpasst, setzt sich damit automatisch zwei zwangsläufigen Folgen aus: erstens verpasst er seiner eigenen Analyse der veränderten kapitalistischen Situation den Stempel „Es handelt sich hier um eine unnormale Fehlentwicklung des Kapitalismus“. Das ist aber definitiv Unsinn. Das moderne Gesicht der weltweiten Ausbeutung der Lohnarbeit, die Deregulierung und konsequente Angebot orientierte Politik, ebenso wie die verschärfte Konkurrenz sind kein Betriebsunfall oder Sonderentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern die gesetzmäßige Folge des Ganges der Kapitalakkumulation. Die Damen und Herren Kapitalisten wissen genau, dass die Entwicklungs- und Wachstumsstörungen ihrer Volkswirtschaften nicht aus einer Unterkonsumtion, also zu geringer Nachfrage, sondern einer Überproduktion an Werten und auch Kapital entstehen. Deshalb bleibt ihnen nur der Weg der Verbilligung der Arbeitskraft, der Freisetzung überschüssiger Kapitale durch Pleiten oder Ablenkung dieser Kapitale in reine Spekulationsgeschäfte und ein festes Vertrauen, das Markt und Konkurrenz die Wachstumsspirale wieder in Bewegung setzen.

Der zweite Vorwurf an den Linkskeynesianismus lautet deshalb schlicht: er ist von allen angebotenen politischen Konzepten der Linken so ziemlich das unrealistischste. Von selbst

reklamierter „Realpolitik“ keine Spur. Wer heute so schöne Dinge wie Mindestlohn, deutliche Einkommenssteigerungen, öffentliche Beschäftigungsprogramme und Regulierung des Marktes fordert – und Linke sollten dies selbstverständlich fordern, allerdings nicht, um den Kapitalismus wieder flott zu bekommen, sondern um das Kapital zu schwächen und die Lage der Kapitallosen zu verbessern und ihren Anteil am gesellschaftlichen Einkommen zu vergrößern – der oder die muss bereits für kleinste Erfolge eine sehr mächtige gesellschaftliche Mobilisierung auslösen. Eine Gesetzesinitiative oder ein kluges Konzept bewegt kaum etwas, außer der Schublade, wo sie hinein gesteckt werden. Im Mittelpunkt linker, die Klasseninteressen vertretender Politik muss deshalb diese Mobilisierung stehen, die breiteste Ermutigung und Organisation der Menschen, sich zu wehren und sich das zu holen, was ihnen zusteht. Dazu muss sie sich in den Betrieben, den Interessensverbänden, den Stadtteilen und sozialen Bewegungen physisch verankern. Ob nun die SL oder Oskar Lafontaine das Recht zum politischen Streik und Generalstreik verspricht oder ob die SAV mittels einer Unterschriftensammlung einen solchen Streik auslösen will, ist gleichermaßen Irreal-Politik, wobei die SAV, wenn sie Glück hat, immerhin noch auf die Menschen treffen könnte, die diesen Streik dann tatsächlich durchführen. Geradezu grotesk wird diese Irreal-Politik, wenn behauptet wird, 10 Euro Mindestlohn, wie ihn die Erwerbslosenbewegung fordert, seien unreal, eine 8 Euro Forderung ist dagegen Realpolitik. Die Mobilisierung, die zur Einlösung des einen wie des anderen Betrags nötig ist, ist annähernd gleich. Wer dabei allerdings für 10 Euro anfängt zu kämpfen, ist insofern realistischer, als dass im konkreten Kampf vielleicht noch ein halber oder ganzer Euro minus zugestanden werden muss und das Ergebnis dann immer noch vorzeigbar ist.

#### **4. Minimal- und Maximalprogramm**

Die Plattform der Sozialistischen Linken sticht in einer Hinsicht gegenüber den übrigen Strömungstexten unangenehm hervor. Die politischen Wettbewerber werden einer Bewertung unterzogen. Nicht aber mittels einer wirklichen Polemik und Diskussion der politischen Positionen, sondern durch ziemlich wahllose Etikettierungen. Die anderen, das sind die „Sektierer“, die „Avantgardisten“, die „Links-Utopisten“ oder „Fundamental-Opportunisten“. Wenn dann zum Schluss verkündet wird, „Die neue Partei wird vielfältig sein, und das ist auch gut so. Wir werden mit allen Strömungen zusammenarbeiten und uns solidarisch auseinandersetzen, deren Vorgehen innerparteilich konstruktiv und an der Verbesserung der aktuellen Verhältnisse ausgerichtet ist.“, dann wird deutlich, was der Sinn dieser Wahllosigkeit sein wird: die Sektierer, Avantgardisten, Links-Utopisten und wer dann gegebenenfalls noch schnell dazu erfunden werden kann, gehören offensichtlich nicht zu den erwünschten konstruktiven Strömungen. Wir kennen unsere Pappenheimer, ihr Auftreten auf Parteiversammlungen und nicht zuletzt unsere Erfahrungen mit dem Ludwigschafener Parteitag, so dass wir zur Vermutung neigen, dass die SL-Plattform sehr bald nicht wegen ihrer inhaltlichen Qualitäten, die ihr offensichtlich fehlen, sondern als Kampfschrift und –mittel gegen unerwünschte Linke genutzt werden wird.

Für sich selbst kennt die SL stattdessen nur das Feinste. Sie würde die Aufhebung der alten Spaltung in Sozialdemokraten und Kommunisten bedeuten, die Grundlagen dieser Spaltung in der Frage Reform oder Revolution wären entfallen. Sie wolle eine Politik, die im „Hier und jetzt“ anknüpft und zugleich darüber hinausweist. Das hört sich gut an, wir hegen aber Zweifel, ob die Grundlage der SL gerade dies ermöglicht. Wir sehen stattdessen eine alt bekannte Wiederholung der Trennung vom Minimal- und Maximalprogramm. Montag bis Samstag wird auf Reform gemacht, Sonntags vom Sozialismus und der Revolution geredet. Da sich im Kreis der SL so viele GenossInnen tummeln, die nebenher noch in der Rosa-Luxemburg-Stiftung oder den Rosa-Luxemburg-Clubs engagiert sind, sei auf die wunderschönen Schriften verwiesen, die Genossin Luxemburg zu dieser Frage geschrieben

hat. Linke Politik, insbesondere eine, die sich gegen den modernen Kapitalismus behaupten will, muss allerdings in der Tat die reale Perspektive der Überwindung des Kapitalismus in den Tageskämpfen aufzeigen. Dafür muss sie in allen wesentlichen Feldern an der Spitze der widerständigen Kämpfe stehen, sie muss sich dort organisieren und glaubwürdig einbringen, wo die Opfer des Kapitalismus sind. Sie muss für in den Massenorganisationen wie den Gewerkschaften für eine Konflikt orientierte Politik werben und darf dabei die Auseinandersetzung mit der bisher ziemlich unangefochten die Gewerkschaften dominierenden Sozialdemokratie nicht scheuen. Im Mittelpunkt muss ein Programm von Forderungen stehen, mit denen die neue Linkspartei eindeutig und authentisch identifiziert werden kann, für die sie kompromisslos eintritt. Forderungen, die heute aufzugreifen sind, wofür heute ein Kampf nötig und sinnvoll ist, die aber gleichzeitig die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft aufzeigen und angreifbar machen. Widerstand gegen Krieg und Militarismus, radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommenseinbußen und die Verteidigung der sozialen Errungenschaften für alle, ob deutsch oder nicht, ob jung oder alt, ob Mann oder Frau. Eine solche Politik wäre in der Tat realistisch, radikal und sozialistisch – wenn sie denn unbedingt übertitelt werden muss. Das von der SL vorgeschlagene politische Konzept verdient diese Titel leider in keiner Weise.

Köln, 05.08.2006, Thies Gleiss